



MAG. KLAUDIA TANNER  
BUNDESMINISTERIN FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

S91143/92-PMVD/2025

14. August 2025

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Litzke, BSc, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. Juni 2025 unter der Nr. 2605/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Kosten durch die Nutzung von gendergerechter Sprache im BMLV“ gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1 bis 3 und 9:

Die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache im Arbeitsalltag stellt sicher, dass durch dementsprechende Formulierungen alle Personen gleichermaßen angesprochen werden. Diese sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschlechtergleichstellung, welche für eine zeitgemäße Verwaltung von grundlegender Bedeutung ist. Bei der Verwendung geschlechtergerechter Sprache stehen im meinem Ressort die leitenden Grundsätze von Verständlichkeit und Lesbarkeit im Vordergrund; dazu kommt der Erlass vom 23. April 2018, GZ S90100/6-SI/20218, „Geschlechtergerechter Sprachgebrauch; Durchführungsbestimmungen im BMLV; Neufassung“ zur Anwendung, welcher im Einklang mit den Inhalten der „Legistischen Richtlinien 1990“ des Bundeskanzleramts steht.

Zu 4, 4a, 5, 5a, 6 und 6a:

Da eine Ermittlung und Auflistung der Daten im Sinne der Fragestellungen einen außergewöhnlich hohen, nicht zu rechtfertigenden Verwaltungsaufwand verursachen würde, ersuche ich um Verständnis, dass von einer Beantwortung Abstand genommen werden muss.

Zu 4b:

Nein.

Zu 4b i:

Entfällt.

Zu 7:

Mein Ressort hat keine Förderungen im Zusammenhang mit geschlechtergerechter Sprache ausbezahlt.

Zu 7a bis 7e:

Entfällt.

Zu 8 und 8a:

Die Einhaltung ressortinterner Erlässe wird im Rahmen der Dienstaufsicht sichergestellt. Etwaige interne Konflikte, Sanktionen oder Disziplinarmaßnahmen im Sinne der Fragestellung sind mir nicht bekannt.

Mag. Klaudia Tanner

